antifa-rundbrief

Informationen der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
VVN – Bund der Antifaschisten LV Schleswig-Holstein e.V.

Nr. 57 September 2007

Stolpersteine der politischen Kultur

Wen sie erfreuen und wer an ihnen Anstoß nimmt

In eindrucksvoller Weise sind in den letzten Monaten in verschiedenen Städten Schleswig-Holsteins Stolpersteine gegen das Vergessen niedergelegt worden – in Lübeck und Kiel, Neumünster, Elmshorn, Sylt , Flensburg und Kellinghusen. Diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Überall, wo der Künstler Gerhard Demmnich diese 10 mal 10 Zentimeter großen Steine mit den Namen, Geburts- und Todesdaten von Opfern des Hitlerfaschismus ins Straßenpflaster einmauerte, nahm die Bevölkerung regen Anteil an dieser ebenso schlichten wie beispielhaften Aktion. Erinnert wird auf diese Weise an politische Widerstandskämpfer, Sozialdemokraten und Kommunisten, an Juden und Zeugen Jehovas, an Menschen, die sich den Nazis in unterschiedlichster Weise in den Weg stellten oder einfach nicht in deren Weltbild passten.

Die lokale Presse berichtet meist wohlwollend über die Aktion, die den in Köln lebenden Künstler Woche für Woche von einem Bundesland ins andere führt. Aber leider gibt es auch noch immer Unverbesserliche, denen diese Stolpersteine ein Dorn im Auge sind. So geschehen in Elmshorn, jene Stadt, die neben Lübeck die meisten Opfer des Nazi-Terrors zu beklagen hatte. Unter den politischen Opfern, denen Steine gewidmet wurden, befanden sich in Elmshorn auch Kommunisten. Deshalb war es für die dortige DKP-Ortsgruppe ein besonderes Anliegen, für den Stolperstein zum Gedenken an den ehemaligen Reichstagsabgeordneten der KPD, Reinhold Jürgensen, die Patenschaft zu übernehmen. Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP, der in Elmshorn wohnt, hielt am einstigen Wohnhaus der Familie Jürgensen die Gedenkansprache. Für einen Sozialdemokraten ergriff Bürgermeisterin Dr. Frontzek (SPD) das Wort, für den Juden John Löwenstein ein Mitglied der jüdischen Gemeinde. Auch die Fraktion der WEG/Die Grünen hatte eine Patenschaft übernommen. Ein Ärgernis war die Stolperstein-Aktion aber für die CDU. Deren Stadtratsmitglied Dr. Langhein ging in seiner Empörung so weit, dass er den DKP-Vorsitzenden Heinz Stehr ein „Kommunistenschwein" nannte. Und obwohl er vom Bürgervorsteher wegen dieser beleidigenden Äußerung öffentlich gerügt wurde, wiederholte er sie noch einmal. In der Folge gab es eine über Tage sich hinziehende Leserbrief-Diskussion. Die Arbeitsgemeinschaft Stolpersteine, ein überparteilicher und für jeden öffentlicher Zusammenschluss, distanzierte sich von dieser Entgleisung. Tenor der meisten Leserbriefe war die Forderung, die CDU solle sich von diesem Abgeordneten distanzieren. Auch die VVN-Bund der Antifaschisten im Kreis Pinneberg hielt eine Entschuldigung für nötig.

Dr. Langhein konnte nicht anders, als in der Ratsversammlung Stellung zu nehmen. Er habe Heinz Stehr nicht persönlich gemeint. Aber er wolle sich bei den „Kommunisten in aller Welt" entschuldigen. Heinz Stehr erhielt in der Ratsversammlung sogar noch die Möglichkeit, sich persönlich zu äußern. Er tat es, in dem er den CDU-Rechtsaußen eine Lehrstunde in Geschichte gab. Darüber hinaus sei die Aktion Stolpersteine in Elmshorn ein großer Erfolg geworden. Das Bedeutendste sei die politische Breite der Akteure gewesen. Es verwundere allerdings nicht, dass es Querschüsse von einigen gegeben habe, denen es an historischen Kenntnissen fehle und die in bekannter Weise antikommunistische Klischees bedienten.

Am selben Tag, wo Heinz Stehr in der Ratsversammlung Stellung nahm, erschien in der *Elmshorner Nachrichten* ein Leserbrief der Arbeitsgemeinschaft Stolpersteine Elmshorn, in dem festgestellt wurde: „Dieser Ausfall des Herrn Dr. Langhein beweist uns, dass die Aktion Stolpersteine Not tut. Denn wer heute noch die Sprache der Täter verwendet, verhöhnt die Opfer von gestern."



Wie in Elmshorn wurden in den letzten Wochen in vielen Städten Schleswig-Holsteins Stolpersteinen gegen das Vergessen niedergelegt. Auf unserem Bild Elmshorns Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek und der DKP-Vorsitzende Heinz Steht vor dem ehemaligen Wohnhaus des von den Nazis ermordeten kommunistischen Reichstagsabgeordneten Reinhold Jürgensen.

Kommentar

Wie der neofaschistischen Gefahr begegnet werden kann

„Ein stetig wachsendes Problem in Deutschland ist der Rechtsextremismus. Fremdenfeindliche Einstellungen, Skinhead-Konzerte, Demonstrationen und die zunehmende Aktivität der Szene für junge Menschen sind leider dabei, Teil der gesellschaftlichen Realität zu werden.“ Diese Einschätzung stammt nicht von der VVN-Bund der Antifaschisten oder von anderen antifaschistischen Initiativen, sondern aus einer Rede des Innenministers Schäuble anlässlich der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts 2006. Nachdem die Gefahren des Neonazismus jahrelang verharmlost und bagatellisiert wurden, stellt sich die Frage, wer denn an dieser Entwicklung, die Schäuble beschreibt, Schuld trägt. War es nicht in erster Linie seine eigene Partei und hat er nicht selbst neben anderen wie Koch, Schily, Oettinger, Schönbohm dazu beigetragen, dass sich in der Bundesrepublik Deutschland Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit breit machen kann ? Dass ein der FDP angehörender Bürgermeister in der sächsischen Stadt Mügeln öffentlich äußert, der Ruf „Ausländer raus“ könne jedem einmal über die Lippen kommen, charakterisiert doch, wie weit es die Politik des fortschreitenden Demokratieabbaus und der Missachtung der verfassungsrechtlich fixierten Grundrechte getrieben hat. Und Vorfälle wie in Mügeln, wo 50 Rechte Jagd auf acht Männer aus Indien machten , Guntersblum in Rheinland-Pfalz, wo am selben Tag zwei Afrikaner mit den Worten „Euch Neger machen wir platt“ krankenhausreif geschlagen wurden, sind doch überall an der Tagesordnung.

Derselbe Innenminister, der in seiner angeführten Rede bedauert, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus Realität zu werden beginnen, nennt wenig später einen erneuten NPD-Verbotsantrag eine Dummheit. Die NPD bedankt sich für solche Schützenhilfe durch immer dreisteres Auftreten. Besorgt blickt Schleswig-Holsteins Innenminister Stegner auf die bevorstehenden Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein, auf die sich die NPD vorbereite. Dass mit Kandidaturen unter welchem Parteinamen auch immer gerechnet werden muss, deutet schon die Bewerbung des NPD-Mannes Arne Kähne um das Amt eines Landrats in Nordfriesland am 15. Oktober an. Kähne, der angibt, von der NPD und Nationalisten unterstützt zu werden, offenbart auch, mit welchem Speck Wahlmäuse gefangen werden sollen. Kähne wettert gegen die Gebietsreform, über die viele Menschen besonders in Dithmarschen und Nordfriesland verärgert sind, er fordert mehr Kindergartenplätze und mehr Hilfen für Rentner und hofft mit der Losung „Überfremdung in Nordfriesland stoppen“ auf Applaus von den Stammtischen.

Das ganze Arsenal des Rassismus wurde just den Wählern in Niedersachsen in einer Postwurfsendung der NPD unter der Überschrift „Droht ein Bürgerkrieg in deutschen Städten?“ präsentiert. Darin heißt es: „Ausländische Bandenkriminalität, Messerstechereien vor Discotheken, Prügeleien in und vor Schulen, Drogenkriminalität usw. haben niedersächsische Städte in den vergangenen Jahren zu wahren „Gangster-Molochs“ werden lassen. Die niedersächsische Polizei fasst diese Kriminellen nicht selten mit Samthandschuhen an. “ Und dann wird gefordert „Wir wollen sicher leben ohne Multikulti – Volksgemeinschaft statt Bürgerkrieg! Es muss endlich Schluss sein mit der einseitigen Bevorzugung ausländischer Gastarbeiter gegenüber der einheimischen deutschen Bevölkerung. Heimreise statt Einreise, denn deutsche Kinder braucht das Land. Deutsche Kinder müssen in extra Schulklassen unterrichtet werden…“ Die NPD betreibt Volksverhetzung in übelster Weise. Das erkennt jeder halbwegs kritische Bürger. Recht hat die Bundestagsabgeordnete der Linken, Ulla Jelpke, wenn sie feststellt, dass es keiner Verfassungsschutzspitzel bedarf, um nachzuweisen, dass die NPD eine verfassungsfeindliche Partei ist. Volksverhetzung, rassistische und antisemitische Äußerungen in der Parteipresse und Reden ihrer Funktionäre, die Beteiligung der NPD an Gewalttaten und ihr aggressives Auftreten in Demonstrationen seien auch ohne Spitzel erkennbar. Daher fordere sie den Abzug aller V-Leute aus der NPD.

Zur Vorbereitung der im Frühjahr kommenden Jahres anstehenden Wahlen schickt die NPD ihre Landtagsabgeordneten aus Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern nach Schleswig-Holstein aus. Sie sollen helfen, die neofaschistische Partei auch in den anderen Bundesländern parlamentarisch zu verankern.

Im Kampf gegen diese Gefahr kann sich niemand auf Schäuble und Carstensen verlassen, aber auch nicht auf Beck und Wiefelspütz. Da hilft allein ein breites antifaschistisches und demokratisches Spektrum, so wie es sich in den Erstunterzeichnern des Aufrufs „NoNPD“ der VVN-BdA zusammengefunden hat und in den Unterschriften von über 10.000 Personen niederschlägt.

Je mehr Bündnisse und je näher an der Basis, umso besser.

Günther Wilke



Die „Rote Schulhof CD“ ist da!

Die SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) hat die gute Idee verwirklicht, der neofaschistischen CD eine Alternative entgegen zu setzen. Sie schreibt dazu:

„Um die kulturelle Hegemonie auf deutschen Schulhöfen nicht den Rechten zu überlassen, produziert die SDAJ die „Rote Schulhof CD – gemeinsam gegen rechts“. Interessierte können die unbedacht angenommene NPD-Scheibe gegen die Scheibe der SDAJ eintauschen. Unterstützt wird die Aktion von der Band Commandantes, die mit dem Song „Commandantes Internationale“ aus dem Album „Für Brot und Freiheit“ auf dem Tonträger vertreten ist. Außerdem sind Künstler wie No Respect, Schnitter, ZSK, Attila the Stockbroker, Donots und Degenhardt auf der Roten Schulhof CD zu hören.“

Wir wünschen viel Erfolg!

Neue Stolpersteine in Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster, Elmshorn und Sylt

Elmshorn. Das Aktionsbündnis Stolpersteine Elmshorn initiierte und organisierte die Verlegung von acht Stolpersteinen, begleitet von vielen interessierten Elmshornern. Bürgermeisterin Dr. Brigitte Fronzek bekannte sich ausdrücklich zum Anliegen des Bündnisses, alle Opfergruppen zu ehren. Sie wandte sich damit zugleich gegen Bestrebungen aus Kreisen der CDU, die Kommunisten auszugrenzen. Einen besonderen Charakter erhielt die Verlegung durch die eindrucksvollen Rezitationen und Gesang von Anna Haentjens, Kulturpreisträgerin des Kreises Pinneberg.

Kiel. Ein Stein gilt dem Kommunisten Heinrich Wegener in der Kaiserstraße 22 in Gaarden. – 20 Stolpersteine wurden am 02-08-2007 in Kiel verlegt. Die ver.di -„Stolperstein AG“, die 4 Stolpersteine mit Biografien belegt hat und diese an die AnwohnerInnen verteilte, will sich in der nächsten Aktion schwerpunktmäßig für die Opfergruppe der Sinti und Roma einsetzen. Dafür braucht sie noch Informationen. Diese bitte an Christel Pieper. Tel.0421-735046, E-Mail vvn-bda-kiel@gmx.de



Lübeck. Am 27.8.2007 wurden in Lübeck die ersten 26 von 40 beschlossenen Stolpersteinen verlegt. Sie erinnern an jüdische Kinder und Jugendliche und deren Familien, z.B. an die Familie Daicz. Die Mutter und ihre fünf Kinder wurden deportiert und ermordet, allein der Vater konnte emigrieren. Drei Kinder der Familie Prenski aus der Adlerstraße 7 (unser Bild) kamen mit ihrer Mutter in Riga ums Leben. Die beiden jüngsten Opfer der Familie Beutel waren drei und fünf Jahre alt, als sie mit der Mutter, Großmutter und weiteren Angehörigen umgebracht wurden. Durch die Teilnahme einiger Mitglieder der jüdischen Gemeinde Lübeck erhielt die Feierstunde eine besondere Weihe.



Sylt. Am 7. August 2007 wurden in vier Inselorten die ersten fünf Stolpersteine auf Sylt verlegt. In Westerland galt die Erinnerung dem jüdischen Maler und Westerländer Kommunalpolitiker Franz Korwan, der 1942 im französischen Lager Noe umkam. Der Sylter Maler Diedrich Cornelius Diedrichsen aus List wurde in der Heilanstalt Meseritz-Obrawalde ermordet, die jüdische Malerin Anita Ree aus Kampen nahm sich das Leben und in Keitum wurden zwei Steine vor dem letzten Wohnort für Franz Korwan und seine Freundin und Schicksalsgenossin Elsa Saenger verlegt.

Flensburg. Die drei Stolpersteine in Flensburg sind drei homosexuellen Opfern gewidmet. Sie passten nicht in das Bild einer „arischen Herrenrasse“. Um sie zu bekämpfen, wurde eigens eine Reichsbehörde geschaffen. „Die homosexuellen Männer sind Staatsfeinde und als solche zu behandeln“, formulierte Heinrich Himmler, SS-Reichsführer und Chef der Polizei.

Der Privatforscher Rainer Hoffschildt ermittelte, dass etwa 15 bis 17 Männer dieser Opfergruppe aus Flensburg ins KZ, und acht in ein Strafgefangenenlager verschleppt wurden. Mindestens neun von ihnen starben in der Haft, darunter jene drei, an die jetzt ein Stolperstein erinnert.

Neumünster. Am 24.8.2007 wurden in Neumünster 8 Stolpersteine verlegt, u.a. auf Vorschlag der örtlichen VVN-Gruppe auch für Rudolf Timm, den ehemaligen Vorsitzenden der KPD Neumünster, der in der Carlstraße 23 wohnte. Die Anwohner dieser Straße wurden von der VVN-BdA einige Tage vorher über die Verlegung informiert und nahmen die Gelegenheit wahr, an der kleinen Feier teilzunehmen. Ein junger Antifaschist verlas den Brief der 93-jährigen VVN-Kameradin Emmi Burmeister, die Rudolf Timm noch selbst kannte und ihn lebhaft schilderte. – Im Bild legt Christel Pieper im Namen der VVN-BdA Rosen nieder



Die erste neue Synagoge in Schleswig-Holstein nach 1945

Bad Segeberg. Der 24. Juni 2007 ist ein historisches Datum für die Jüdische Gemeinde in Schleswig-Holstein. An diesem Tag wurde die erste Synagoge nach dem Holocaust in Bad Segeberg durch den Landesrabbiner Walter Rothschild eingeweiht. Drei Jahre hat der Umbau der alten Lohmühle am Rand der Segeberger Innenstadt gedauert. „Wir sind stolz, dass geschafft zu haben“, sagte der Vorsitzende der Gemeinde, Walter Blender. „Wir haben viel in Eigenarbeit gemacht, alle haben mit angepackt“. Das Land Schleswig-Holstein, der Zentralrat der Juden sowie einige Persönlichkeiten haben den 1,6-Millionen-Bau unterstützt. Aber auch viele kleine Spenden haben geholfen, das Projekt zu vollenden.

Im Keller gibt es ein rituelles Bad, die Mikwe. Auch dieser wichtige Bestandteil der Synagoge ist in ehrenamtlicher Arbeit entstanden.

Sogar die 400 Jahre alte Torarolle, die seit 1932 im Völkerkundemuseum in Lübeck lagerte, ist jetzt im Besitz der Segeberger Synagoge. Der Direktor der Lübecker Museen, Hans Wißkirchen, hat sich – allerdings schweren Herzens – entschieden, die wertvolle Gesetzes-Rolle zurück zu geben. Bis 1932 wurde die aus Ziegenpergament gearbeitete Rolle im Tora-Schrein der alten Synagoge gehütet. Als Leihgabe wurde sie dem Lübecker Museum 1932 zur Verfügung gestellt und konnte so der Vernichtung durch die Nazis entgehen. Als Dank für die Rückgabe überreichte ein Mitglied der Segeberger Jüdischen Gemeinde dem Museumsdirektor eine Torarolle seiner eigenen Familie.

Die neue Synagoge wird ein Zentrum jüdischen Lebens werden. Sie beherbergt neben dem Gemeindebüro einen Kindergarten, die Küche, Jugend- und Sanitärräume. Im ersten Stock liegen der Gottesdienstsaal und eine Bibliothek. Der Gemeinschaftssaal wird sicherlich intensiv genutzt werden, denn 80% der 150 Gemeindemitglieder kommen aus Osteuropa und haben hier die Möglichkeit, Sprach- und Integrationskurse zu besuchen oder die Sozialberatung in Anspruch zu nehmen. Sogar Schach- und Sportclub-Treffen sind vorgesehen.

Die Geschichte der Segeberger Juden reicht bis ins 18. Jahrhundert zurück, die erste Synagoge der Stadt wurde 1842 eingeweiht. In der Reichspogromnacht am 9./10 November 1938 wurde das alte Gotteshaus verwüstet, das Feuer jedoch gelöscht, um anliegende Häuser zu schützen. 1962 wurde das alte Gebäude abgerissen.

Die neue Synagoge in Bad Segeberg wird ein Zentrum jüdischen Lebens in Schleswig-Holstein werden.

6000 Flugblätter der Neonazis gegen den Bau der Synagoge zeigen einmal mehr, dass allein schon ihr Antisemitismus ein Verbot rechtfertigt.

Marianne Wilke

Labowski-Weg führt zur Synagoge

Eine neue Straße, die den Namen „Jean-Labowsky-Weg“ bekam, verbindet jetzt die Jüdische Gemeinde in Bad Segeberg mit der Kurhausstraße. „Einstimmig hat die Stadtvertretung den Vorschlag der jüdischen Gemeinde angenommen,“ stellte der stellvertretende Bürgermeister Günter Winter befriedigt fest. Eingeweiht wurde der Weg in Anwesenheit der Töchter Jean Lebowskys. Sie weihten das Straßenschild, das mit einer kurzen Information über ihren Vater versehen ist, gemeinsam mit Walter Blender, dem Sprecher der jüdischen Gemeinde, ein. „Das ist eine große Ehre für meinen Großvater“, betonte Walter Schwarz, der Enkel des Namengebers.

Jean Lebowsky war der einzige Jude, der die Vertreibung der Juden aus Segeberg und ihre Ermordung überlebte. Er war mit einer Nicht-Jüdin verheiratet, die sich trotz Drohungen der Gestapo weigerte, sich scheiden zu lassen. „Sicher hat Minna ihm damals das Leben gerettet“, sagten die heute 80 Jahre alten Töchter Alice und Liesl. Jean Lebowsky hat nach dem Tod seines Vaters per Fahrrad die Bauernhöfe rund um Bad Segeberg mit Lebensmitteln ver-



sorgt, welche die Juden nicht kaufen konnten, da sie nur eine verkürzte Lebensmittelkarte erhielten. Er arbeitete damals in der Rohproduktesammlung von Hugo Behrens und konnte so seinen Glaubensbrüdern helfen. Obwohl ihm die Nazis den Handel verboten, belieferte er sie weiter. Am 12. November 1938, kurz nach der Reichspogromnacht, wurde er verhaftet und ins Arbeitslager Eggebek bei Flensburg eingewiesen.

Nach der Befreiung 1945 ernannte ihn die britische Militärbehörde zum Leiter der Stadtverwaltung, wo er das Amt bis 1950 ausfüllte.

Als Jean Lebowsky 1964 starb, war er 74 Jahre alt. Heute ist er durch den Weg, der seinen Namen trägt, geehrt.

Probelauf für die Kommunalwahl 2008

Am 16. September finden im Kreis Nordfriesland Landratswahlen statt. Eine Kandidatin und zwei Kandidaten werden von CDU/Grüne, SPD/SSW/UWG bzw. von der FDP unterstützt. Weitere Kandidaten treten als Unabhängige an, während der sechste Kandidat, Arne K., von der NPD aufgestellt wurde. K (30) bewegt sich bereits seit 15 Jahren in der rechten Szene, ist NPD-Mitglied und steht den „Freien Kameradschaften“ nahe. Nach seinem Wohnungswechsel von Flensburg nach Nordfriesland war es ruhig um ihn geworden, möglicherweise, um Bewährungsauflagen zu erfüllen.

Die NPD nutzt den Landtagswahlkampf als Probelauf für die Kommunalwahlen im Mai 2008,bei denen sie in möglichst vielen Kommunen – offen oder verdeckt als „Unabhängige“ – Mandate zu erringen trachtet. Dabei wird sie massiv unterstützt durch das Einsickern von Neonazi-Kadern aus Mecklenburg-Vorpommern, wo sie seit 2006 im Landtag sitzt und von Steuergeldern bezahlt wird.

Inzwischen entsteht in Nordfriesland ein antifaschistisches Bündnis, das über Wahlen hinaus und unabhängig davon die Sensibilität für Neofaschismus zu erhöhen und dessen Einfluss zurück zu drängen sich vorgenommen hat. Ein Verbot der NPD ist dabei unstrittig überfällig.

Wie aus den NS-Führern wieder brave Bürger wurden

Lebensläufe und Herrschaftspraxis der NSDAP-Kreisleiter in Schleswig-Holstein



Sie waren das personelle Rückrat des NS-Regimes in Schleswig-Holstein: die Kreisleiter der NSDAP zwischen Altona und Südtondern. Ihnen widmet sich der Zeitgeschichtler Dr. Sebastian Lehmann in seiner Promotionsarbeit „Die Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein – Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite“, die jetzt im Verlag für Regionalgeschichte Bielefeld erschienen ist. Die Projektidee stammt von dem leider früh verstorbenen Dr. Detlef Korte, der bereits Anfang der 90er Jahre Vorstudien zu diesem Thema begann. Auf 481 Seiten zeichnet Sebastian Lehmann Karrieren von 82 Nazi-Führern im nördlichsten Bundesland nach, von ihrem Eintritt in die Hitler-Partei bis zum Ende des „tausendjährigen Reiches“ und ihre rasche Wandlung von regionalen braunen Göttern zu weiß gewaschenen „braven Bürgern“ der Bundesrepublik Deutschland. Der 36 Jahre alte Historiker, der heute als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) in Schleswig tätig ist, hat die bis weit in die 80er Jahre geltende These widerlegt, der Gau Schleswig-Holstein sei in der NS-Zeit weder im Positiven noch im Negativen hervorgetreten. Wie Unterdrückung, Unmenschlichkeit gegenüber politischen Gegnern, der Vollzug der NS-Rassenideologie, die Vernichtung „unwerten Lebens“ (Euthanasie) im ganzen Reich Normalität war, so funktionierte es natürlich auch im Land zwischen den Meeren. Gerade dieses funktionierende System darzustellen, erscheint umso notwendiger, als nachfolgende Generationen an Väter und Großväter immer wieder die selbe Frage stellen „Wie konnte das geschehen ?“

Sebastian Lehmann hat in beispielhafter Weise nachgewiesen, wer die Vollstrecker der nazistischen Schreckensherrschaft gewesen sind, die „aus der Mitte der Gesellschaft“ kamen und nach der Befreiung vom Faschismus dorthin wieder zurückgekehrt sind, als „angesehene Bürger“, großzügig ausgestattet mit Pensionen, die zum großen Teil sogar die Tätigkeiten im Dienste der NSDAP einschlossen.

Leser unserer „ar“ werden sich besonders für das Kapitel „Wiedereinstieg in die Gesellschaft“ interessieren, das an Beispielen von 69 NS-Kreisleitern s zeigt, wie diese alten Nazis nach ihrer Internierungshaft unter der Besatzungsmacht nicht selten mit „offenen Armen“ von einer Einwohnerschaft empfangen wurden, die ebenfalls aus der Nazizeit nichts gelernt hatte. Ein charakteristisches Beispiel ist die Reintegration des kommissarischen Kreisleiters von Südtondern, Hans Jensen, der nach der Internierung und Verurteilung durch die Spruchkammer Biefelfeld (zwei Jahre Gefängnis, verbüßt durch Internierungshaft) wieder in seinen Heimatort Schwesing (Kreis Husum) zurückkehrte , wo sein Vater 26 Jahre lang Lehrer gewesen war. In einer Unterschriftensammlung, die von 136 der 138 erwachsenen Bürgern unterschrieben wurde, setzten die Schwesinger durch, dass Jensen bereits 1951 im Nachbardorf Immenstedt wieder als Lehrer tätig sein durfte. Dabei war Schwesing Standort eines Konzentrationslagers. Jeder Schwesinger kannte und wusste es, dass sich in Schwesing-Engelsburg im Jahr 1944 ein KZ-Außenlager von Neuengamme befand, in dem 1.500 KZ-Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen zusammengepfercht und zur Zwangsarbeit am „Friesenwall“ eingesetzt worden waren. Heute erinnert ein Mahnmal an die Naziverbrechen in Schwesing. Und in einer Dokumentation heißt es: „Ihre Lebensbedingungen waren katastrofal. Unterernährung, Schwerstarbeit, notdürftige Kleidung, ständige Misshandlungen, mangelhafte sanitäre Einrichtungen und völlig unzureichende medizinische Versorgung führten zu hoher Sterblichkeit.“

Dr. Sebastian Lehmann schreibt in seinem Buch :“Der Einsatz der fast buchstäblich gesamten Dorfgemeinschaft für einen exponierten Nationalsozialisten aus ihrer Mitte steht beispielhaft für die beachtliche Verdrängungs- und gleichzeitige Integrationsleistung der schleswig-holsteinischen Nachkriegsgesellschaft. “ Mit seiner Wiedereinstellung als Lehrer blieb Jensen keine Ausnahme. Auch Wilhelm Jüppner, einst Kreisleiter in Plön, wurde bereits 1950 in Neumünster wieder in den Schuldienst eingestellt. 1965 erfolgte die Versetzung in den Ruhestand, skandalöser Weise unter voller Anrechnung seiner Dienstzeit als Kreisleiter.

Prof. Dr. Bohn, Leiter des Instituts für Zeit- und Regionalgeschichte , Lehmanns Doktorvater, sprach die Hoffnung aus, dass die Pionierstudie bundesweit Folgestudien auslösen möge. Diesem Wunsch möchten wir uns gerne anschließen.

Sebastian Lehmanns Buch „Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein“ ist mit Orts- und Namensregister versehen, hat 527 Seiten und kostet 39 Euro. *Günther Wilke*

Kinder- und Jugend-parlament ist dabei

Das Neustädter Kinder- und Jugendparlament hat beschlossen, an den Feierlichkeiten am Cap-Arcona-Mahnmal teilzunehmen, um die Erinnerung an die Katastrophe am 3. Mai 1945 wach zu halten. Darüber hinaus beschlossen die Jugendlichen, beim Treffen einen Stand aufzubauen, um den Erlös vom Verkauf der Süßigkeiten dem Museum zu spenden.

Denk mal

Ein Denkmal für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Kiel-Friedrichsort

Bis zur Entstehung der Bürgerinitiative „Gedenkstein für Zwangsarbeiter" in Kiel-Friedrichsort im letzten Jahr war es ein weiter und zäher Weg. Diesen ist Marlis Rathje unbeirrt gegangen.

1990 hatte die Lehrerin erste Gespräche mit deutschen Zeitzeugen.

Versuche, den Ortsbeirat von Kiel-Friedrichsort und Firmen, die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, für das Thema Zwangsarbeit in Friedrichsort zu interessieren, scheiterten.

Ab 1995 beginnt sie einen Briefwechsel mit der ehemaligen Zwangsarbeiterin Ludmilla Muratova. Ludmilla Muratova aus Rostow am Don wird im Oktober 1942, im Alter von 17 Jahren mit vielen Leidensgenossen in Güterzugwaggons zur Zwangarbeit nach Kiel verschleppt. Hier kommt sie in das Zwangarbeitslager Kiel-Elmschenhagen, auf dessen Gelände heute ein Supermarkt steht. Sie schuftete auf der ehemaligen Krupp-Werft (heute HDW) und wurde verhaftet, weil sie Flugblätter an die anderen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im Lager verteilt hat. Im September 1943 wird sie in das Außenlager Barth des KZ Ravensbrück transportiert. Hier verbringt sie die schwersten zwei Jahre ihres Lebens.

1999 erscheint in den Kieler Nachrichten ein halbseitiger Artikel über das Schicksal von Frau Muratova.

Im Mai 2002 fährt Marlis Rathje nach Amsterdam zum Treffen der Überlebenden des KZ Ravensbrück, um Frau Muratova persönlich kennen zu lernen und Frau Muratova kommt für ein paar Tage zu einem Besuch zu Frau Rathje nach Kiel. Hier wird sie vom stellvertretenden Stadtpräsidenten empfangen. Sie trifft sich u.a. mit Mitgliedern der deutsch-russischen Freundschaftsgesellschaft, AKENS und dem Aschearbeitskreis. Es erscheint ein ganzseitiger Artikel in der KN und dadurch kommt es zu einem Interview beim NDR 3.

Pfingsten 2005 ist der nächste Besuch, diesmal mit dem Enkel. Der Besuch beinhaltet Diskussionen mit Schülern, es entsteht eine Video-Dokumentation sowie eine schriftliche Dokumentation. Schülerinnen des Wellingdorfer Gymnasiums, die mit einer Arbeit über Zwangsarbeit in Kiel am Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten teilgenommen haben, begleiten Frau Muratova bei einem Besuch des Polizeigefängnis und der ehemaligen Gestapo-Zentrale.



Marlis Rathje mit Ljudmila Muratova

Zwischendurch passiert aber auch ganz viel. 1995 findet eine Projektwoche in der Integrierten Gesamtschule Friedrichsort zu „Zeitzeugen beantworten Fragen der SchülerInnen" statt mit Video-Aufzeichnungen und eine Sendung im Offenen Kanal Kiel.

Die Ratsfraktionen der Grünen und der SPD setzen 1998 durch, dass der Historiker Dr. Klußmann im Auftrag der Stadt Kiel 2 Jahre lang Zwangsarbeit in Kiel untersucht und eine Publikation herausbringt.

Viele weitere Aktivitäten beweisen die hartnäckige Arbeit von Marlies Rathje und sie hat Unterstützung bekommen.

Die neu gegründete Bürgerinitiative „Gedenkstein für Zwangsarbeiter", setzt sich jetzt für die Errichtung eines Gedenksteins für die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen sowie für die Deutschen, die diesen Menschen damals in Kiel-Friedrichsort geholfen haben, ein.

Der Gedenkstein soll eine Brücke zu den nichtdeutschen und deutschen Mitbürgern in Friedrichsort und Umgebung sein, die ihre Heimat nicht freiwillig verlassen haben.

Er soll auch daran erinnern, dass es in dem Stadtteil Menschen gegeben hat, die, obwohl es verboten war, Menschen in Not geholfen haben. Und er soll mahnen, auch heute nicht wegzusehen, wenn Unrecht geschieht.

Die Menschen im Stadtteil und die örtlichen Schulen sollen noch mehr eingebunden werden. Geplant ist, dass interessierte SchülerInnen bei der Gestaltung von Entwürfen für den Gedenkstein mitwirken. Und es wird eine Reise Rostover SchülerInnen nach Kiel erstrebt zu einem Workshop

Aber erst einmal war Ljudmila Muratova Ende Mai 2007 zum 3. Mal in Kiel, um über ihr „Sklaventum" auf 2 Veranstaltungen und vor Schülern zu berichten. „Ich bin so froh, dass ich durch die Straßen gehen kann, die ich von damals kenne, und Menschen treffe, die in mir den Mitmenschen sehen", sagte die kleine 82 Frau, die viel Zeit für ihr Amt als Präsidentin der Überlebenden des KZ Ravensbrück.

Christel Pieper – Kiel

Lotusblüten auf dem Kleinen Kiel



Wie in jedem Jahr wurde in Kiel am 06. August der Opfer der Atombombenabwürfe auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki 1945 mit einer Veranstaltung gedacht. Ulrike Kronfeld-Goharani vom Schleswig-Holsteinischen Institut für Friedenswissenschaften (SCHIFF) an der Kieler Uni sprach über „62 Jahre nach Hiroshima - Droht ein neues Kemwaffenzeita1ter?"

Als es dämmrig wurde, setzte man die vorher selbst gebastelten Lotusblüten ins Wasser. Die Aktion wurde untermalt mit Lieder gegen Krieg und Gewalt von der Gruppe „Windmoel". Es war die mittlerweile 21. Lotusblütenaktion, zu der die Hiroshima-Arbeitsgemeinschaft aufrief. *Christel Pieper –Kiel*

Maro Temm bis Dezember 2007 einzugsfertig

Vier Jahre Kampf um das Sinti-Wohnprojekt

Gaarden, Arbeiterstadtteil in Kiel, den meisten fallen die riesigen Kräne von HDW ins Auge. Aber Gaarden besticht neben dem Traditionellen mit seinem multikulturellen Flair. Hier finden wir das spanische Zentrum, die Jüdische Gemeinde, die Arabische Gesellschaft und die Türkische Gemeinde S-H. Neben den vielen Kulturen sind auch der christliche, muslimische und jüdische Glaube feste Bestandteile des Straßenlebens.

Das ist mein Stadtteil und nun bekomme ich neue Nachbarn. Vor 2 Monaten ist endlich der Grundstein für das Sinti-Wohnprojekt in der Verlängerung der Diedrichstraße gelegt worden.

Das Prinzip der „kleinen Nachbarschaft“ soll die Integration für Sinti in der Gesellschaft erleichtern. „Hier soll ein schützender Ort und doch ein offener Ort entstehen, von dem aus besonders Kinder hingeführt werden sollen zu Bildung und Ausbildung, zu Ausbildung und Teilhabe,“ sagt die Sprecherin des Genossenschaftsvorstands, Renate Schnack bei der Feier der Grundsteinlegung und „Wir wollen uns nicht verstecken und isolieren“, sagt Matthäus Weiss, Chef des Landesverbandes der Sinti und Roma.



Das Areal liegt nicht gerade zentral, aber es war das einzige Grundstück, das die Stadt der Genossenschaft auf Erbpacht auf 75 Jahre anbot.

Ich schwinge mich auf mein Rad, um zugucken, wie es auf dem Bauplatz für die 13 kleinen Reihenhäuser unterdessen aussieht. Zwischen Bahndämmen aste ich die ansteigende einsame Straße hoch. Hinter mir lasse ich den „Abfallhof“, die „Freiwilligen Feuerwehr“ und viel Gelände. Von Weiten sehe ich einen hohen Baukran, an dem ein Richtkranz hängt. Einzelne Häuser stehen am Ende der Straße, dort, wo der Bauzaun anfängt.

Auch der Weg der Wohnungsgenossenschaft der Sinti war anstrengend und sehr steinig. Nach heftigem politischen Gegenwind und nach einem illegalen Griff in die Genossenschaftskasse sah es nach dem Ende aus. Jetzt aber liegen die Rohbauten hinter dem Zaun vor mir und ich kann meine Fotos machen.

Man hat nach einem Platz gesucht, wo vertrautes Romanes gesprochen wird, die Kinder eigener Tradition gemäß von Sinti-Nachbarn und -freunden mitbetreut werden, wenn beide Eltern erwerbstätig sind und wo es keinen Nachbarsstress mit Nicht-Sinti gibt und man hat ihn endlich gefunden.

Das Projekt hatte von Anfang an europaweite Beachtung. Und ganz besonders freuen sich auch die die anderen Minderheiten im Lande, die Dänen, die Nordschleswiger und die Friesen über „Mara Temm - unser Land“.

Christel Pieper - Kiel

15-jähriger Schüler sammelte mehr als 60 Unterschriften für ein NPD-Verbot

Nikolas Mohr ist 15 Jahre alt und Schüler der Gesamtschule Elmshorn. Während eines antifaschistischen Stadtrundgangs berichtete er uns – eher beiläufig -, er sammle an seiner Schule Unterschriften für die Kampagne NoNPD. Mittlerweile hat er Listen mit mehr als 60 Namen von Schülerinnen und Schülern bei der VVN-Bund der Antifaschisten eingereicht. Ein beachtliches Ergebnis, vor allem, weil ja junge Menschen Zielgruppe von Neofaschisten sind.

Angefangen hat seine Aktivität damit, dass er die Aktion während einer Unterrichtsstunde in der 10. Klasse vorstellte. Daraufhin wurde eine Diskussion angesetzt, in der es ein lebhaftes Für und Wider gab. Nikolas gelang es, viele Mitschüler von der Notwendigkeit eines NPD-Verbots zu überzeugen. Vor allem musste er sich mit dem Einwand auseinandersetzen, dass in einer Demokratie doch jeder seine Meinung äußern dürfe. „Die NPD aber will gerade anderen ihre demokratischen Rechte nehmen“, argumentierte Nikolas, der noch die Plakate des antifaschistischen Bündnisses in Elmshorn vor Augen hatte: „Neofaschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“.



„Wie könnte die Aktion nach Deiner Meinung weitergeführt werden?“, wollten wir von dem 15-Jährigen wissen. „Am besten wäre es, nicht nur im Bekanntenkreis weiterzusammeln, sondern auch auf dem Marktplatz“, meinte Nikolas. Dabei denkt er auch an Aufklärung zu den Kommunalwahlen 2008, wenn rechtsextreme Parteien auftreten sollte.

Inzwischen hat Nikolas Unterstützung von einem Freund bekommen, der die Elsa-Brandström-Schule besucht. Auch dort werden Unterschriften für ein NPD-Verbot gesammelt.

Kampagnen-Barometer
112.345 Unterschriften !

Vorankündigung:

Zwei Veranstaltungen mit unserem Freund Lorenz Knorr

Widerstandskämpfer während der Nazizeit, Publizist und Friedenskämpfer



Die Kreisvereinigung Lübeck/Lauenburg (04543/7107 od. 0451 4095562) lädt ein
am **9.11.2007** in Lübeck um 19.00 DGB-Haus zum Thema „ Antifaschismus"
Vergangenheit – Gegenwart – Zukunft
Was ist das? Ein Zukunftsentwurf?

Die Kreisvereinigung Neumünster (04321 71378) lädt ein
am **10.11.2007** in Neumünster zum Thema (Arbeitstitel) „Sozialabbau, Neofaschismus und Krieg" was hat das miteinander zu tun. Uhrzeit und Ort werden noch bekannt gegeben.

Lorenz Knorr (85) ist einer der profiliertesten bundesdeutschen Friedenskämpfer und Antifaschist. Seit seiner Jugend ist er in der Arbeiterbewegung tätig. Er war am antifaschistischen Widerstand in Westböhmen (Nazibezeichnung Sudetenland) beteiligt. Lorenz war viele Jahre Bundessprecher der VVN-BdA, Er lebt heute in Frankfurt/Main. Seine zahlreichen Publikationen sind für die Antifaschismus- und Friedensbewegung unverzichtbar.

Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA in Neumünster

Am Sonnabend, den 22. September, um 13 Uhr, findet im DGB-Haus Neumünster, Carlstraße 7, die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Schleswig-Holstein statt. Auf der Tagesordnung der für alle Mitglieder offenen Veranstaltung stehen u.a. der politische Bericht über die vergangenen zwei Jahre und die Wahl des neuen geschäftsführenden Landesvorstands.

Arbeitsgruppe „Christian Heuck"

Seit einigen Monaten gibt es eine Arbeitsgruppe, die das Leben und Wirken von Christian Heuck erforscht. Es liegt zwar schon einiges an Material vor, aber vielleicht können unsere Kameraden oder Freunde die Arbeit mit Artikeln oder sogar Fotos unterstützen.? Bitte überlegt, ob ihr helfen könnt. Anregungen bitte an Christel Pieper: Tel. 0431-735046, E-Mail vvn-bda-kiel@gmx.

Kontakt:

- ▼ Schleswig-Holstein: Marianne Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [mariannewilke@web.de]
- ▼ Kiel: Christel Pieper, Lindenstr. 9, 24118 Kiel [vvn-bda-kiel@gmx.de]
- ▼ Flensburg: Ludwig Hecker, Schulze-Delitzsch-Str. 44, 24943 Flensburg
- ▼ Neumünster: Heiner Wadle, Looper Weg 25, 24536 Neumünster
- ▼ Norderstedt: Siegfried Nieswandt, Kastanienweg 5, 22846 Norderstedt [snieswandt@wtnet.de]
- ▼ Kreis Pinneberg: Günther Wilke, Hasenkamp 8, 22880 Wedel [guentherwilke@web.de]
- ▼ Barmstedt: Dr. Günther Thiel, Meßhorn 38, 25355 Barmstedt
- ▼ Rendsburg/Eckernförde: Hartmut Büchsel, Lusthof 24, 24376 Kappeln [Harmut.buechsel@t-online.de
- ▼ Elmshorn: Sonja Stein, Saarlandhof 29, 25335 Elmshorn
- ▼ Dithmarschen: Klaus Looft, Bäckergang 4, 25719 Barlt
- ▼ Itzehoe: Volker Blaschke, Küstringer Str. 7, 25524 Itzehoe [v.blaschke@web.de]
- ▼ Lauenburg/Lübeck: Lore Meimberg, Dorfstr. 16, 23898 Sirksfelde [lobemeimberg@t-online.de]

Neofakommission Küste [www.kueste.vvn-bda.de]

V.i.S.d.P.: Marianne Wilke; Satz und Druck: Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein und Hamburg, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040-43188820

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten e.V. ist die älteste und größte antifaschistische Organisation in Deutschland und steht für ein Leben ohne Krieg und Faschismus.

- ☐ Ich interessiere mich für die Arbeit der VVN-BdA. Bitte schicken Sie mir Informationsmaterial.
- ☐ Ich unterstütze die Arbeit der VVN-BdA mit einer einmaligen/regelmäßigen Spende von .... Euro*.
- ☐ Bitte schicken Sie mir eine Spendenbescheinigung
- ☐ Ich möchte Mitglied der VVN-BdA werden.

Name: ....

Adresse: ....

....

....

....

VVN-BdA

Bitte einsenden an:

VVN-Bund der Antifaschisten e.V. - LV Schleswig-Holstein

Lindenstr.9, 24118 Kiel, Telefon: 0431-569353, Fax.: 0431-735046, E-Mail: vvn-bda-kiel@gmx.de

* Gemeinnütziges Spendenkonto: VVN-Bund der Antifaschisten e.V., Norderstedter Bank EG, BLZ 200 69111, KNR 42 28 00